

„Blaues Auge“ statt „blauer Welle“?

Kurzanalyse zu den
Kommunalwahlen 2024
in Thüringen

*In dieser Kurzanalyse werten wir die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 26. Mai 2024 aus – mit Fokus auf die AfD und andere rechtsextreme Akteur*innen sowie in Hinblick auf die Auswirkungen der Wahlen für die Zivilgesellschaft. Abschließend leiten wir Erkenntnisse und Empfehlungen für künftige Wahlen ab.*

Die wichtigsten Erkenntnisse vorab:

1. Die Kommunalwahlen 2024 in Thüringen sind weder als voller Erfolg noch als Niederlage für die extreme Rechte zu werten. In einigen Regionen konnten die AfD und andere extrem rechte Parteien und Bündnisse große Gewinne verzeichnen, teilweise blieben sie jedoch hinter den Prognosen zurück.
2. 9 Kandidat*innen der rechtsextremen Thüringer AfD gehen in die Stichwahl um die Landratsämter; in Hildburghausen der Neonazi Tommy Frenck für sein „Bündnis Zukunft Hildburghausen“ (BZH). In 9 von 22 Kreistagen/Stadträten stellt die AfD nun die größte Fraktion, in 10 die zweitgrößte. Damit hat sich die Etablierung und Normalisierung der AfD in Thüringen fortgesetzt.
3. Die kritische Auseinandersetzung mit der AfD und ihren Kandidat*innen, die in Thüringen bereits im Kontext der Landrats- bzw. Oberbürgermeisterwahlen in Sonneberg (Juni 2023), Nordhausen (September 2023) und im Saale-Orla-Kreis (Januar 2024) stattfand, hat der Partei bei den aktuellen Kreistagswahlen offenbar nicht geschadet.
4. Die Regierungsparteien in Bund und Land haben flächendeckende Verluste verzeichnet.
5. Gerade dort, wo rechtsextreme Parteien/Bündnisse besonders stark in den Kreistagen sitzen und (potenziell) Landräte stellen, steht zu befürchten, dass die Zivilgesellschaft und Menschen, die von Rechtsextremen abgewertet, bedroht und angegriffen werden, künftig noch stärker unter Druck geraten.

Am 26. Mai stand Thüringen – wie so oft in den letzten Jahren – wegen einer Wahl im Rampenlicht. Nach den viel beachteten Landratswahlen in Sonneberg (Juni 2023) und im [Saale-Orla-Kreis](#) (Januar 2024) sowie der Oberbürgermeisterwahl in Nordhausen (September 2023) waren im Rahmen der diesjährigen Kommunalwahlen 17 Kreistage, 5 Stadträte, 600 Stadt- und Gemeinderäte, 13 Landräte, 5 Oberbürgermeister*innen, 89 Bürgermeister*innen und 1.025 Ortsteil-/Ortschaftsbürgermeister*innen in Thüringen zu wählen. Nach der Wahl des ersten AfD-Landrates Robert Sesselmann

in Sonneberg, dem Umfragehoch der Partei seit Anfang 2023 und den jüngsten Skandalen¹ stand auch beim jetzigen Wahlgang die rechtsextreme Thüringer AfD im Fokus der medialen Berichterstattung und öffentlichen Aufmerksamkeit, angereichert durch Konflikte um die Wahlzulassung weiterer rechtsextremer Kandidat*innen.²

Bei den drei Wahlen im Jahr 2023 bzw. Januar 2024 erhielten die AfD-Kandidat*innen im ersten Wahlgang jeweils zwischen 42,1 % und 46,7 % der Stimmen. Für die jetzigen Kommunalwahlen konnte die Thüringer AfD dementsprechend auf ähnlich hohe Werte hoffen. Diese hohen Werte sind ihr in dieser Form nicht gelungen – dennoch konnten extrem rechte Parteien und Bündnisse, allen voran die AfD, landesweit an Wähler*innenstimmen hinzugewinnen und in den Kreis-, Stadt- und Gemeinderäten ihren Einfluss ausbauen.

Die Wahlergebnisse

Im Vergleich zur Kommunalwahl 2019 konnte die AfD thüringenweit 8,1 % Stimmenanteile für die Kreistage und Stadträte (bei kreisfreien Städten) zulegen.³ Im Vergleich zu den Bundestagswahlen (BTW) 2021 waren es 1,8 % Zugewinn. In 9 von 18 zur Wahl aufgerufenen Landkreisen/kreisfreien Städten gehen AfD-Kandidat*innen in die Stichwahl für das Landratsamt, wobei die AfD in 5 anderen Landkreisen/kreisfreien Städten von Beginn an keine Kandidat*innen aufgestellt hatte. In 3 Städten und einem Landkreis hatte sie Kandidat*innen aufgestellt, die nicht in die Stichwahl gekommen sind. Im Altenburger Land hat Heiko Philipp als einziger Kandidat der AfD eine knappe Mehrheit von 0,8 % gegenüber seinem Stichwahlkontrahenten erlangt. Christian Bratfisch lag im Saale-Holzland-Kreis 4,8 % hinter seinem Stichwahlkontrahenten. Alle weiteren AfD-Kandidat*innen gehen mit einem relativ großen Abstand von 9,9 % (LK Sömmerda) bis 24 % (Ilm-Kreis) auf die erstplatzierten Kandidat*innen in die Stichwahl.

Auch eine*n Bürgermeister*in stellt die AfD (vorerst) in keiner der am 26. Mai zur Wahl stehenden Gemeinden.⁴ Doch in zwei Thüringer Städten wird die AfD am 9. Juni in die Stichwahlen um die Bürgermeisterämter gehen: In Apolda tritt AfD-Kandidat Simon Ehrenreich (24,2 %) gegen Olaf Müller (parteilos, 42,8 %) an. In Zeulenroda-Triebes (LK Greiz), wo insgesamt 7 Kandidat*innen für das Bürgermeisteramt antraten, er-

¹ Bspw. die Verurteilung Björn Höckes wegen Verwendens einer verbotenen NS-Parole: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/hoেকে-verurteilt-100.html>.

² Bspw. die Wahlzulassung des Neonazis Tommy Frenck im Landkreis Hildburghausen: <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/sued-thueringen/hildburghausen/landratswahl-tommy-frenck-rechtsextremist-kritik-100.html>.

³ Alle folgenden Werte für die Kommunalwahlen 2024 entstammen den vorläufigen Ergebnissen, Stand 28.05.2024, 8.00 Uhr.

⁴ 2023 wurde in der kleinen Gemeinde Moxa (SOK) bereits ein AfD-Politiker zum ehrenamtlichen Bürgermeister gewählt: <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ost-thueringen/saale-orka/afd-buergermeister-moxa-linke-100.html>.

reichte der AfD-Kandidat Andreas Stiller im ersten Wahlgang mit 20,1 % der Stimmen den ersten Platz; er geht somit in die Stichwahl gegen Heike Bergmann (IWA – PRO REGION), die 18,0 % der Stimmen erhielt. In 77 von 600 zur Wahl stehenden Städten und Gemeinden, wo die AfD antrat, konnte sie laut den vorläufigen Ergebnissen im Durchschnitt über 22 % der Wähler*innenstimmen erhalten. Damit gewann sie seit den letzten Kommunalwahlen auch auf Gemeindeebene an Stimmenanteilen hinzu und zieht in über 27 Gemeinderäte neu ein.

Besonders beachtenswert ist die Stichwahl zum Landrat in Hildburghausen. Hier konnte der bundesweit bekannte und vernetzte neonazistische Szene-Unternehmer Tommy Frenc (Bündnis Zukunft Hildburghausen BZH) mit 24,9 % einen erstaunlichen Erfolg verbuchen und geht in die Stichwahl. Insbesondere die Höhe des Ergebnisses erschreckt. Jedoch zeigen zurückliegende Kreistagswahlen, dass Frencs BZH seit Jahren im Landkreis etabliert ist. So steigerte das BZH bereits 2019 den Stimmenanteil für den Kreistag Hildburghausen von 3,4 % (2014) auf 8,6 %. 2024 konnte dieses Ergebnis um 3,3 % auf jetzt 11,9 % und damit auf 5 von 40 Sitzen gesteigert werden. Das noch einmal deutlich höhere Ergebnis für Frenc zur Landratswahl ist mit zwei Gründen erklärbar: Erstens ist Tommy Frenc vor Ort etabliert und engagiert. Seine neonazistische Ideologie, die er sehr deutlich nach außen vertritt, scheint viele nicht mehr abzuschrecken. Zweitens gingen für die Landratswahl nur vier Kandidat*innen an den Start. Die AfD selbst stellte keine Kandidat*in. Somit war die Kandidat*innenauswahl im extrem rechten Spektrum relativ begrenzt, was vermutlich auf das hohe Ergebnis von Tommy Frenc einzahlte.

Einordnung der Wahlergebnisse

Der vorläufige Ausgang der Kommunalwahlen ist ambivalent: Die AfD hat es einerseits verpasst, mittels einer von rechtsextremen Akteur*innen und Organisationen viel beschworenen „blauen Welle“ einen Großteil der Landkreise und Gemeinden zu „erobern“. Auch im Vergleich zu den letzten drei Kommunalwahlen 2023 und im Januar 2024 in Thüringen konnte kein*e der AfD-Kandidat*innen ein ähnlich gutes Ergebnis einfahren wie Robert Sesselmann (Sonneberg), Jörg Prophet (Nordhausen) oder Uwe Thrum (Saale-Orla-Kreis).

Eine „Entwarnung“, dass „die blaue Welle“ und damit die rechtsextreme Landnahme in den Kommunen bereits gebrochen sei, kann daraus jedoch keineswegs geschlossen werden: In 9 Kreistagen und Stadträten stellt die AfD nun die stärkste Fraktion, in 10 Kreistagen und Stadträten die zweitstärkste, darunter die Landeshauptstadt Er-

furt. **9 Kandidat*innen der AfD und ein bekennender Neonazi** (Tommy Frenck in Hildburghausen) haben **potenziell die Chance, einem Landkreis vorzustehen**. Die Kommunalwahlen haben außerdem bestätigt, dass sich die AfD in Thüringen flächen-deckend etabliert und normalisiert hat und gegenwärtig neben der CDU die stärkste Partei auf kommunaler Ebene ist. Und das trotz anhaltender Gerichtsverfahren, Skandale und Enthüllungen um Thüringer Funktionäre der Partei. Auch die Einordnung der Partei durch Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft und sogar durch den Verfassungsschutz als rechtsextrem/rechtsextremistisch verhindert nicht den Stimmenzuwachs für die AfD. Das lässt den Schluss zu, dass die AfD in Thüringen mittlerweile einen gefestigten Pool von Stammwähler*innen hat, der die Partei gerade wegen ihrer rechtsextremen Positionen unterstützt. **Die These, dass ein Großteil der AfD-Wähler*innen sogenannte Protestwähler*innen seien, kann für Thüringen aufgrund der hohen Kontinuität der Stimmenergebnisse verworfen werden.**

Die Zugewinne der AfD gingen zulasten von der LINKEN, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP – und nicht zulasten der CDU, die landesweit in etwa konstant blieb und in den größeren Städten wie Erfurt, Weimar und Jena sogar erstarkte. Gerade die Zugewinne von CDU und AfD in den größeren Städten zeigen, dass Thüringen **nicht entlang der Trennungslinie Stadt/Land polarisiert** ist. Peter Kleine (CDU/weimarwerk bürgerbündnis e. V.) wurde in Weimar mit 72,7 % wiedergewählt, in Erfurt hat Andreas Horn (CDU) gute Chancen, Andreas Bausewein (SPD) als Oberbürgermeister abzulösen. Einzig Jena bildet mit der OB-Stichwahl zwischen Thomas Nitzsche (FDP) und Kathleen Lützkendorf (Grüne) eine Ausnahme. Aber auch im Jenaer Stadtrat konnten AfD und CDU leicht zulegen. **Somit zeigt sich überwiegend ein einheitlicher landesweiter Trend: DIE LINKE, SPD, die Grünen und die FDP – die Regierungsparteien in Bund bzw. Land – verzeichnen zum Teil erhebliche Stimmenverluste. Dieser Trend fällt je nach lokaler Bevölkerungszusammensetzung, politischer Kultur vor Ort und politischer Konkurrenz auf Parteien- und Personalebene unterschiedlich stark aus.**

Rechtsextreme Wahlerfolge

Auch wenn sich im Landestrend die CDU im Vergleich zur Kommunalwahl 2019 halten und die AfD ihre Stimmenanteile deutlich erhöhen konnte, sind die **Einzelergebnisse in den Landkreisen und kreisfreien Städten sehr unterschiedlich und daher individuell zu betrachten**. Auffällig ist: In Sonneberg, Nordhausen und im Saale-Orla-Kreis, die aufgrund der zurückliegenden Wahlen mit AfD-Kandidaten viel (bundesweite) Aufmerksamkeit erhielten, können die AfD-Fraktionen im jeweiligen Kreistag **besonders hohe Zuwächse** seit den Kommunalwahlen 2019 verzeichnen und haben

nun jeweils über ein Drittel der Sitze inne (SON: um 10,7 % auf 34,7 %; NDH um 14,5 % auf 33,2 %, SOK: um 12,9 % auf 33,5 %). Die Aufmerksamkeit auf den Landkreis bzw. die Stadt scheint der AfD vor Ort dementsprechend nicht geschadet, ggf. sogar genutzt zu haben. Im LK Sonneberg ergibt sich damit das Novum in Deutschland, dass in einem Landkreis, dem ein **AfD-Landrat vorsteht, auch der AfD im Kreistag als stärkster Fraktion 14 von insgesamt 40 Sitzen** zukommen. Ähnliche Szenarien sind im Altenburger Land und im Saale-Holzland-Kreis möglich, wo Heiko Philipp und Christian Bratfisch die größten Chancen der AfD-Kandidat*innen auf einen Sieg in der Stichwahl haben. Wenn AfD-Landrat*innen, starke AfD-Fraktionen im Kreistag und weitere kooperationswillige Fraktionen zusammenkommen, erweitern sich die Spielräume der AfD, ihre Agenda durchzusetzen, etwa in den Themenfeldern Migration, Klima und Demokratieförderung. Was das bedeuten kann, führen wir unten am Beispiel der Demokratieförderung aus.

Für die Landratskandidat*innen der AfD lässt sich feststellen, dass sie bisher meist eher unauffällig agierten und nicht mit rechtsextremen Aussagen öffentliche Aufmerksamkeit erzeugten. Gleichwohl treten sie für einen Landesverband an, der sich besonders früh und seitdem stringent radikal rechtsaußen positioniert und nach wie vor von Björn Höcke kontrolliert wird, wie die Auseinandersetzungen um die AfD-Listen zur Kreistagswahl in Saalfeld-Rudolstadt belegen.⁵

Grenzen rechtsextremer Wahlerfolge

Die AfD kann aber nicht überall in Thüringen positiv auf den Ausgang der Wahlen blicken. In Gera hat sie es als mit Abstand stärkste Fraktion im Stadtrat (35,3 % der Stimmen) nicht geschafft, ihren Kandidaten in die Stichwahl zum Oberbürgermeister zu platzieren. Das liegt u. a. darin begründet, dass nach einer anfänglichen Ablehnung durch den Wahlausschuss ein Einzelkandidat aus dem Kreis des extrem rechten und verschwörungsideologischen Bündnisses „Miteinanderstadt Gera“ kandidieren konnte und sich das Kandidatenfeld somit erweiterte.⁶ Der AfD-Kreisverband in **Saalfeld-Rudolstadt** ist zerstritten und sitzt nach Monaten der Auseinandersetzungen, auch vor Gericht, nun mit **zwei verhältnismäßig kleinen und konkurrierenden Fraktionen im Kreistag**. Im Landkreis Greiz, in dem Björn Höcke zur Landtagswahl 2024 sein Direktmandat erlangen will, konnte die AfD im Vergleich zur Kreistagswahl 2019 vergleichsweise geringe 6,4 % zulegen und hat im Vergleich zur BTW 2021 sogar 0,9 % ver-

⁵ Siehe <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-politiker-karlheinz-frosch-verlaesst-nach-streit-mit-bjoern-hoecke-die-partei-a-c5b6cbb8-0edc-4740-a9fc-41debfe2fa32>.

⁶ Siehe <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ost-thueringen/gera/wahlausschuss-berlinghoff-oberbuergermeister-100.html>.

loren. Die AfD-Kandidatin Kerstin Müller geht hier mit 10,6 % Abstand in die Stichwahl mit Ulli Schäfer (CDU). **Das Direktmandat für Höcke bei den Landtagswahlen am 01. September ist damit alles andere als sicher.**

Im Vergleich zur BTW 2021 hat die AfD auch in Hildburghausen erhebliche 10,7 % verloren. Zur BTW trat das BZH nicht an, weshalb dessen Wähler*innen 2021 vermutlich die AfD wählten. In Weimar hat sie 2,4 % und im Unstrut-Hainich-Kreis 1,1 % im Vergleich zur BTW 2021 verloren.

So individuell die Ergebnisse, so individuell sind die Erklärungen: Auffällig im Vergleich zu den drei letzten Kommunalwahlen 2023 bzw. Januar 2024 in Thüringen, die vor allem durch Bundesthemen wie Bürgergeld und Asyl gekennzeichnet waren, gab es im aktuellen Wahlkampf eine relativ starke Fokussierung auf kommunale Angelegenheiten. Die AfD-Strategie, auf Wahlplakaten vor allem mit Bundesthemen zu agieren, verfiel vor Ort häufig nicht. So standen vielerorts Verwaltungsneubauten, Schulsanierungen oder Straßenbau im Mittelpunkt der lokalen Wahlkämpfe. Bezüglich der regionalen strukturellen Herausforderungen und soziodemografischen Bedingungen vor Ort, die unter Umständen die Wahlergebnisse der AfD, aber auch der anderen Parteien beeinflusst haben, lassen sich keine pauschalisierenden Aussagen treffen. Diese Kontextfaktoren müssen in ausführlichen Analysen einer Prüfung unterzogen werden. Untersuchungen zu früheren Wahlen haben allerdings gezeigt, dass die Unterstützung der AfD in solchen Gemeinden besonders hoch ist, die sich durch starke Bevölkerungsrückgänge, negative Bevölkerungsprognosen und geringe Frauenanteile auszeichneten.⁷

Weitere Besonderheiten

Neben diesen auf das Abschneiden der AfD konzentrierten Befunden lassen sich weitere Besonderheiten feststellen:

- Die Kommunalwahlergebnisse sind auch Ausdruck der Repräsentationskrise der etablierten demokratischen Parteien. Besonders in ländlichen Regionen setzen sich die Gemeinderatsfraktionen häufig ausnahmslos aus Wähler*innengemeinschaften und Bürgerinitiativen zusammen. Dieser Trend setzt sich auf Landkreisebene fort. So standen auf den Wahllisten für die Kreistage und Stadträte über 45 Wähler*innengemeinschaften, Bündnisse und Initiativen. In ihren politischen Zielsetzungen, inhaltlichen Ausrichtungen und politischen Kommunikationsstra-

⁷ Richter, Christoph/Salheiser, Axel/Quent, Matthias (2019). Die AfD zur Kreistagswahl in Thüringen 2019. Empirische Analysen zur Erklärung der Wahlergebnisse auf Gemeindeebene. Jena, Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ).

tegie unterscheiden sich diese stark und bringen somit unterschiedliches Potenzial für die demokratische Kultur in den Kommunen mit. Bündnisse mit progressiven, emanzipatorischen Forderungen sind allerdings eher die Ausnahme. Gerade in ländlichen Regionen dominieren Wähler*innenbündnisse und Initiativen mit konservativen und marktliberalen bis hin zu demokratiefeindlichen Positionen. Für die AfD und andere extrem rechte Parteien bieten sich folglich mancherorts durchaus Koalitionsmöglichkeiten. Die Wähler*innen der Bündnisse, Initiativen und parteilosen Bewerber*innen werden auch entscheidend für den Ausgang der Stichwahlen sein.

- Das gesamte Kandidat*innenfeld war zu den Kommunalwahlen auffallend wenig divers. Der Anteil von weiblichen Bewerber*innen bei den Kreistags- und Stadtratswahlen betrug 28 %, bei den Landrats- und Oberbürgermeister*innen-Kandidat*innen 8,0 % und bei Bürgermeister*innenwahlen 10,8 %. Zu weiteren Diversitätskategorien, beispielsweise Personen mit Behinderungen, mit eigener oder familiärer Migrationsgeschichte oder queeren Personen, liegen keine ausreichenden Informationen vor, doch es muss angenommen werden, dass viele gesellschaftliche Perspektiven in der Thüringer Kommunalpolitik weiterhin unterrepräsentiert sind. Eine stärkere Sichtbarkeit gesellschaftlicher Vielfalt könnte auf kommunalpolitischer Ebene dazu führen, dass mehr Menschen sich von und in politischen Diskursen angesprochen und repräsentiert fühlen.
- Die Partei Die Heimat (früher NPD) ist trotz der AfD nicht völlig in der Bedeutungslosigkeit verschwunden. Im Kyffhäuser-Kreis verlor sie im Vergleich zu 2019 nur 0,1 % der Stimmen und erlangte wieder einen Sitz im Kreistag. Im Wartburgkreis erreichte die Partei immerhin 2,2 % der Stimmen und einen Sitz im Kreistag, den der bekannte und verurteilte Neonazi Patrick Wieschke ausfüllen wird. Und in Lauscha (LK Sonneberg) erhielt der rechtsextreme Kandidat Uwe Bätz-Dölle (Die Heimat) 16,6 % der Stimmen (2018 noch 25,8 %). Im Eichsfeld jedoch büßte Die Heimat ihren Sitz im Kreistag ein, den seit 2019 der bekannte Neonazi Torsten Heise ausgefüllt hatte. Heise verlor bei den Wahlen auch seinen Sitz im Gemeinderat seines Wohnortes Fretterode.

Auswirkungen auf Kommunalpolitik und Demokratieförderung

Die insgesamt deutlichen Zugewinne der AfD in den kommunalen Gremien werden landesweit dazu führen, dass die Partei in den kommenden Jahren die Kommunalpolitik und demokratische Kultur in Thüringen noch stärker als bislang prägen kann. Es besteht die Gefahr einer schleichenden Einschränkung und Behinderung demokratischer Abläufe und Teilhabe und einer damit einhergehenden schrittweisen Gewöhnung an die Partei und ihre Positionen.

Zunächst ist nicht zu erwarten, dass in den nächsten Monaten demokratische Prozesse mit einem Schlag lahmgelegt und vielerorts besonders einschneidende antidemokratische Maßnahmen umgesetzt werden. Das würden allein die Mehrheitsverhältnisse in den meisten Kommunen und Landkreisen, in denen die AfD zwar stark ist, aber größtenteils nicht über eine eigene Mehrheit verfügt, nicht zulassen. Zudem wird die AfD höchstwahrscheinlich ihre Strategie der Selbstverharmlosung fortsetzen, mithilfe derer sie sich als „normale“ politische Kraft und „Kümmerer“ in der Fläche etablieren will.⁸ Das bedeutet jedoch nicht, dass die Partei nicht versuchen wird, Einfluss auf kommunale demokratische Prozesse und die Zivilgesellschaft vor Ort zu nehmen. Es ist davon auszugehen, dass vor allem über kleinteilige, komplizierte Verwaltungsprozesse, (Nicht-)Förderung und Kleine Anfragen versucht wird, die Arbeit professioneller Demokratieförderstrukturen, zivilgesellschaftlicher Initiativen und engagierter Einzelpersonen einzuschränken, zu behindern und auszubremsen. Bereits in der Vergangenheit setzten „rechtsextreme Parteien ihre parlamentarischen Rechte u. a. gezielt ein, um die Arbeit der demokratischen Zivilgesellschaft zu diskreditieren bzw. zu behindern“⁹.

Besondere Aufmerksamkeit sollte dabei der kommunalen Demokratieförderung über die Partnerschaften für Demokratie (PfD) gelten.¹⁰ Während die Koordinierungs- und Fachstelle der PfD üblicherweise bei einem zivilgesellschaftlichen Träger angesiedelt ist, steuert und kontrolliert ein federführendes Amt in der kommunalen Verwaltung die Weiterleitung und Verwendung der Fördermittel. Es besteht somit die Gefahr, dass

⁸ Siehe z. B. Salheiser, Axel/Quent, Matthias (2022). Rechtsextremismus zwischen Normalisierung und Konfrontation: Befunde aus Eisenach. In: Daniel Mullis/Judith Miggelbrink (Hrsg.), Lokal extrem Rechts. Bielefeld, transcript, S. 165–182.

⁹ Helmert, Cornelius/Thürling, Marleen/Treidl, Johanna/Mönig, Alina (2023): „Sie versuchen, uns damit zu lähmen“. Eine Dunkelfeldstudie zum strategischen Einsatz von juristischen Mitteln durch rechtsextreme Akteur*innen gegen die Zivilgesellschaft. Unter Mitarbeit von Matthias Meyer und Antonia Horlacher. Berlin: Open Knowledge Foundation Deutschland e. V., S. 16.

¹⁰ Die PfD (früher Lokaler Aktionsplan LAP) werden im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben! gefördert und haben zum Ziel, auf Landkreisebene bzw. städtischer Ebene zivilgesellschaftliche Strukturen zu bilden und zu unterstützen sowie Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt zu entwickeln.

die PfD von Landratsämtern abhängig werden, die von Personen bestimmt sind, deren Agenda den Zielen von Demokratie leben! und der Demokratieförderung generell entgegenläuft. In Sonneberg wurde bereits 2023 durch den AfD-Landrat versucht, die örtliche PfD abzuschaffen, was nur durch den Jugendhilfeausschuss verhindert werden konnte. Durch die oben beschriebenen neuen Mehrheitsverhältnisse erweitern sich in Sonneberg, aber unter Umständen auch im Saale-Holzland-Kreis und anderen Landkreisen die Möglichkeiten demokratiefeindlicher Akteur*innen, die Arbeit der PfD und damit die lokale Demokratieförderung, politische Bildungsprojekte und Maßnahmen gegen Desinformation und für politische Teilhabe massiv zu behindern. Auch im Saale-Holzland-Kreis könnte es nach der Stichwahl am 9. Juni zu einer Konstellation kommen, bei der ein AfD-Landrat mit einer sehr starken AfD-Fraktion im Kreistag in dieser Hinsicht zusammenwirken kann.

Es ist folglich eine genaue Beobachtung und Aufmerksamkeit für das Agieren demokratiefeindlicher Akteur*innen in den kommunalen Parlamenten für die kommenden Monate und Jahre vonnöten – nicht nur kurz vor oder nach den Wahlen. Zudem sollte der Strategie extrem rechter Selbstverharmlosung und Normalisierung entschieden entgegengewirkt werden. Das bedeutet, bereits bestehende Zusammenarbeiten mit der AfD auf kommunaler Ebene konsequent zu beenden und keine neuen Formen der Zusammenarbeit aufzunehmen. Hingegen kann eine konstruktiv-kritische Zusammenarbeit der demokratischen Parteien dazu beitragen, lokale Demokratieförderstrukturen zu erhalten und zu stärken. Dabei ist auch die Bundesebene gefragt, bspw. das Bundesprogramm Demokratie leben!, die betroffene demokratische Zivilgesellschaft vor Ort zu unterstützen und abzusichern. Diese Unterstützung sollte nicht nur im Allgemeinen ausgesprochen werden: Vielmehr braucht es konkrete Lösungen für den Schutz der Zivilgesellschaft auf lokaler Ebene, die beispielsweise in Sonneberg oder im Saale-Holzland-Kreis gemeinsam mit den Akteur*innen vor Ort entwickelt und umgesetzt werden sollten.

Effekte über die Kommunalpolitik hinaus

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen werden auch über die kommunalen Parlamente und Verwaltungsprozesse hinaus in die Gesellschaft hineinwirken. So steht zu befürchten, dass die hohen Wahlergebnisse für die AfD und andere extrem rechte Parteien und Bündnisse demokratie- und menschenfeindlichen Einstellungen in der Bevölkerung eine vermeintliche Legitimation verschaffen. Personen, die extrem rechte Positionen vertreten oder mit ihnen sympathisieren, können sich in ihrer Haltung bestärkt fühlen und ermutigt, diese auch in die Tat umzusetzen. Das kann sich in offen

geäußerten rassistischen Parolen, einer generellen Verrohung politischer Diskussionen in Nachbarschaft, Vereinen und dem privaten Umfeld, aber auch in Bedrohungen und Angriffen auf politische Gegner*innen sowie gesellschaftlich marginalisierte Gruppen wie Rassismusbetroffene, Geflüchtete, Jüdinnen*Juden oder queere Personen äußern. Die Wechselwirkung zwischen politischer Rhetorik und konkret in die Tat umgesetzten Gewalttaten konnte in Thüringen in den letzten Monaten bereits in aller Deutlichkeit beobachtet werden.¹¹ Ziel solcher Taten sind die Bedrohung, Einschüchterung und Verdrängung politisch Andersdenkender und als Feindbild markierter Personen und Gruppen aus dem öffentlichen (Diskurs-)Raum.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, ist eine Solidarisierung mit von rechter Gewalt und Anfeindungen Betroffenen essenziell. Diese Solidarisierung sollte auch über Parteigrenzen und demokratische Meinungsverschiedenheiten hinweg erfolgen. Anfeindungen sowie rassistischen, antisemitischen oder anders menschenfeindlichen Äußerungen muss entschieden widersprochen werden – in den Parlamenten, in Vereinen, am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft und im privaten Umfeld. Zudem besteht umso mehr die Notwendigkeit einer gesicherten Finanzierung von Beratungsstellen und weiteren Unterstützungsstrukturen für betroffene zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Kommunalpolitiker*innen.

Fazit

Schlussendlich zeigt sich: Auch wenn keine „blaue Welle“ für die AfD zu beobachten war, ist keine Entwarnung gegeben. Die Partei wurde zwar in der Fläche des Freistaats gestärkt, gleichwohl ist ihr ein „Durchmarsch“ gründlich misslungen. Dieser Trend ist allerdings nicht starr auf die bevorstehenden Kommunalwahlen in anderen Bundesländern übertragbar.

Vergleichsweise niedrige Wahlergebnisse für die AfD lassen sich zwar teilweise mit der demokratischen Kultur vor Ort und überzeugenden demokratischen Gegenangeboten erklären – in anderen Fällen sind es aber weitere extrem rechte Parteien und Bündnisse, die der AfD vermutlich Stimmen gekostet haben. Hinter den hohen Wahlergebnissen für all diese Kandidat*innen stehen demokratie- und menschenfeindliche Einstellungen, die auf die demokratische Kultur vor Ort einwirken und bereits jetzt eine

¹¹ Siehe dazu die Mitteilungen der Betroffenenberatungsstelle ezra: <https://ezra.de/opferberatungsstelle-ezra-zu-bedrohungen-in-linke-wahlkreisbuero-in-altenburg-taeter-finden-legitimation-in-aktuellen-umfrage-und-wahlergebnissen/>; <https://ezra.de/jahresstatistik2023/>; <https://ezra.de/pressemitteilung-mutmasslich-rechte-anschlagsserie-auf-demokratische-politikerinnen-in-thueringen-existentielle-bedrohung-fuer-betroffene-und-demokratie/>.

enorme Herausforderung für die demokratische Zivilgesellschaft darstellen. Wie demokratische zivilgesellschaftliche Strukturen nachhaltig und effektiv unterstützt werden können, haben wir in einem Positionspapier des IDZ bereits herausgearbeitet. An dieser Stelle wollen wir noch einmal wichtige Punkte hervorheben, die vor allem mit Blick auf die Ergebnisse der Kommunalwahlen und die Stichwahlen am 9. Juni besonders relevant sind.

Die demokratische Zivilgesellschaft braucht (mediale) Aufmerksamkeit, Anerkennung und Unterstützung in der Fläche: In den nächsten Tagen und Wochen sollte die **mediale und öffentliche Aufmerksamkeit nicht allein auf besonders skandalträchtigen Personen oder Ereignissen wie dem Neonazi Tommy Frenck stehen**, der vermutlich nur geringe Chancen haben wird, zum Landrat in Hildburghausen gewählt zu werden. Dadurch könnten **andere Orte wie das Altenburger Land oder der Saale-Holzland-Kreis** aus dem Blick geraten, in denen das Risiko weiterer extrem rechter Landräte verhältnismäßig hoch ist. Um die Wahl von Landrät*innen extrem rechter Parteien zu verhindern, braucht es neben der **medialen Begleitung aller Stichwahlen** eine überregionale Unterstützung der lokalen Zivilgesellschaften bis zu den Stichwahlen und darüber hinaus.

Es ist wahrscheinlich, dass sich im Zuge der Stichwahlen zu Landrats- und Bürgermeister*innenämtern, an denen die AfD beteiligt ist, ähnlich wie bei den vergangenen Wahlen in den Landkreisen Sonneberg und Saale-Orla-Kreis sowie in Nordhausen breite **demokratische Bündnisse** bilden, um die demokratischen Kandidat*innen zu unterstützen. Diese breite Unterstützung sollte jedoch nicht als Selbstverständlichkeit betrachtet werden. Vielmehr beinhaltet sie den Auftrag für eine inklusive, pluralistische und bürger*innennahe Politik und erfordert eine klare Abgrenzung von der AfD und anderen extrem rechten Kräften – sowohl in der konkreten parlamentarischen Zusammenarbeit als auch in den inhaltlichen Positionierungen.

Auf zivilgesellschaftlicher Ebene braucht es für die Schaffung solcher Bündnisse über die Stichwahlen hinaus eine weitere Vernetzung über Regionen, Altersgruppen, Themen und Milieus hinweg. Gerade **wirtschaftliche Unternehmen und lokal verankerte Organisationen wie Feuerwehren oder Heimat- und Brauchtumsvereine** sind hier gefragt, sich **klar demokratisch zu positionieren** und gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen für eine **starke demokratische Kultur** einzustehen. Überregionale Vernetzungen wie „[Weltoffenes Thüringen](#)“ bieten dafür jetzt schon wichtige Anknüpfungspunkte und Infrastrukturen, über die gemeinsam Kampagnen und Handlungsmöglichkeiten entwickelt werden können.

Impressum

Die Kurzanalyse „,Blaues Auge‘ statt ,blauer Welle‘?“ ist die sechste Ausgabe (#6) der Reihe *IDZ-Kurzanalyse*.

Autor*innen

Viktoria Kamuf und Cornelius Helmert
unter Mitarbeit von Janine Patz und Axel Salheiser

Lektorat

Susanne Haldrich

Satz

Kathy Kursawe

Herausgeber

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft
Tatzendpromenade 2a | 07745 Jena
E-Mail: mail@idz-jena.de

Träger

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12 | 10115 Berlin
E-Mail: info@amadeu-antonio-stiftung.de



Das IDZ wird gefördert vom Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport im Rahmen des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (Denk Bunt).



Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des TMBJS dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung. Alle Rechte bleiben bei den Autor*innen. Die Bildrechte liegen, sofern nicht anders ausgewiesen, bei den Autor*innen.